

## Protokoll

für die öffentliche Sitzung des Landtages vom 26.3.1936  
Beginn nachmittags 1/4 3 Uhr nach vorausgegangener Konferenz-  
besprechung.

Anwesend alle Abgeordneten.

Reg. Vertreter: Reg. Chef Dr. Hoop

Schriftführer Gassner.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und anstands-  
los genehmigt.

### 1.) Ersatzwahl in den Staatsgerichtshof.

Für das gewählte Mitglied Herr Müssner aus persönlichen Grün-  
den die Annahme dieser Wahl abgelehnt hat, wählt der Landtag mit  
12 von 15 abgegebenen Stimmen Alois Batliner in Eschen als Mit-  
glied des Staatsgerichtshofes.

### 2.) Wahl der Verwaltungsbeschwerdeinstanz.

Präsident: Die Amtsdauer der Verwaltungsbeschwerdeinstanz fällt  
mit der des Landtages zusammen. In der letzten Sitzung wurde die  
Wahl derselben auf die heutige Sitzung verschoben. Ich möchte noch  
betonen, dass nur die ordentlichen Richter neu zu bestellen sind und  
dass die Ersatzrichter gesetzesmässig die Ersatzrichter des Ober-  
gerichtes sind, welche daher nicht neu zu wählen sind.

Gewählt werden:

Dr. Jakob Bugster, Rechtsanwalt in Altstätten, als Präsident	15 St.
Nationalrat Dr. Jos. Schöbi, Altstätten, als Präs. Stellvertret.	15 "
Johann Schädler, Triesenberg 117	14 "
Rudolf Matt, Schlossermeister, Mauren	13 "

### 3.) Neubesetzung der Stelle eines Nachtwächters im Reg. Gebäude.

Präsident: Es ist dem Landtage bekannt, dass seit einiger Zeit der  
Nachtwächterdienst provisorisch von der Polizei besorgt wird, wie  
es seinerzeit versuchsweise beschlossen worden ist. Es ist nun über  
Ersuchen der Polizei von der Regierung und der Finanzkommission  
der Antrag gestellt worden, diese Stelle neu zu besetzen. Die Grün-  
de für die Neubesetzung sind die Verantwortung, die auf diesem Hau-  
se liegt, dann die im Hause deponierten Akten und Werte und auf  
der anderen Seite die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit  
durch Freigabe eines Polizisten an den äusseren Sicherheitsdienst  
und schliesslich darf nicht übersehen werden, dass dadurch eine Ar-  
beitskraft und eine Familie ihr tägliches Brot verdienen kann.

Das sind die Gründe, die die F.K. bewogen haben, dem Landtage diese Sache befürwortend vorzulegen. Ich möchte nun, die Angelegenheit zur Diskussion stellen.

Risch Ferdi: Ich möchte anfragen, ob bei einer allfälligen Besetzung des Nachwächterpostens im Regierungsgebäude Aussicht besteht, dass mit der Zeit die Polizeiposten in die Gemeinden hinauskommen ähnlich, wie es in der schweizerischen Nachbarschaft der Fall ist. Wenn ja, könnte ich mich evtl. entschliessen, wenn nicht, könnte ich nicht dafür sein.

Reg. Chef: Ich bin von allem Anfang an, seit die Polizei ihren Dienst versieht, ein Gegner der Dezentralisierung gewesen, sondern habe sie aus Erfahrungen von hier und anderswo konzentriert wissen wollen. Tatsache ist, dass sich dieses System besser bewährt hat. Wenn etwa die Neuanstellung eines Nachwächters von dieser Dezentralisierung abhängig gemacht würde, so würde ich lieber die Polizei mit dem Nachwächterdienst weiter betraut wissen. Ich hielt das für das geringere Übel, als die Polizisten in die Gemeinden zu verteilen.

Dr. Schädler: Ich stelle den Antrag, die Neubesetzung der Nachwächterstelle im Regierungsgebäude zu unterlassen und nötigenfalls diesen Dienst der Polizei zu übertragen. Die Gründe sind folgende. Die Werte, die im Hause deponiert sind, liegen bestimmt vorwiegend in der Tressoranlage der Sparkasse und diese ist erst in den letzten Jahren unter ganz erheblichem Kostenaufwande neu erstellt worden. Diese Tressoranlage ist nach Aussage von Sparkassebeamten und nach dem Geschäftsbericht zu schliessen, diebes- und einbruchsicher. Sie stellt ja eine gepanzerte Festung dar, die ausserdem noch mit einer Klingelvorrichtung ausgestattet ist, die in Verbindung mit den Diensträumen und der Polizei steht. Ausserdem ist ein Polizeihund einquartiert, der im Ernstfalle seinen Beitrag zur Nachtwache leisten wird. Es fragt sich überhaupt, ob eine Nachtwache im Hause notwendig ist. Ist nicht genug Sicherheit geboten dadurch, dass eine einbruchsichere Tressoranlage besteht, dass eine Verbindung mit der Polizei besteht und dass der Diensthund auf dem Wachposten steht? Wenn aber diese Sicherheit noch nicht genügen sollte, so ist die Frage aufzuwerfen, ob es der normalen Praxis einer Kleinbank entspricht, grosse Werte in eigenen Tressors aufzube-

wahren. Sollte Regierung und Landtag der Auffassung sein, dass es unverantwortlich wäre, das Haus ohne Nachtwächter zu lassen, so möchte ich den Zusatzantrag machen, den Nachtwächterdienst der Polizei zu übertragen. Es ist wirklich eine Mehrbeanspruchung verbunden, aber ich glaube, dass es der Polizei noch zugemutet werden kann. Denn eine gesicherte Existenz legt auch einen gewissen Wert darauf, dass man sich anstrengen darf. Die Polizei wird im Lande ziemlich beneidet nicht wegen ihren schönen Uniformen, sondern wegen ihrer Lebensstellung, die zwar nicht als luxuriös bezeichnet werden kann, die aber in ihrer Art und ihrer Wirkung als unerreichbar bezeichnet werden muss. Es besteht im Volke ohne Rücksicht auf Partei- und Standzugehörigkeit eine tiefbegründete Abneigung gegen jede Erweiterung des Beamtenapparates, also jeden Aufbaues. Die Krise zwingt auch den Staat zur strengsten Sparsamkeit in seinem Haushalte. Wenn auch der Betrag, der hierfür in Betracht käme, momentan und einmalig gesehen, keine allzudrückende Belastung darstellt, so ist nicht ausser Acht zu lassen, dass dieser Posten periodisch wiederkehren würde und nach 10 Jahren die ansehnliche Summe von Fr. 24,000 ausmachen würde. Ich glaube, dass es in der heutigen Zeit nicht verantwortet werden kann, diesen Betrag den Arbeitssuchenden Mitbürgern zu entziehen. Nicht ein einzelner soll diesen Betrag aufzehren, lassen wir ruhig 100 daran verdienen und ich möchte Sie bitten, meinem Antrage zuzustimmen.

Präsident: Was die Ausführungen wegen der Werte betrifft, so möchte ich betonen, dass das nicht nur Goldanlagen, sondern auch noch andere Wertdinge sind. Es handelt sich um Akten, die ebenso wichtig, um Markenbestände usw., die nicht alle in der Tressoranlage der Sparkasse liegen. Was die Akten betrifft, so halte ich es für wichtig, dass eine gewisse Nachtkontrolle im Hause ist. Es hat schon Leute gegeben, die an solchen Akten ein Interesse hatten. Es bestünde auch die Möglichkeit, dass Häftlinge, die auch dem Wachthunde nichts Fremdes bedeuten, eine solche Arbeit verrichten. Gerade das Gefängnis ist nicht neuzeitlich ausgebaut und es sind die letzten Jahre Dinge vorgekommen, die eine ernsthafte Behandlung dieser Sache rechtfertigen. Das sind alles Dinge, die für die objektive Behandlung der Frage nicht unerwähnt bleiben dürfen. Wenn ausgerechnet wird, dass dieser Posten in 10 Jahren Fr. 24,000 verschlin-

ge, so muss doch auch entgegengehalten werden, dass eine Familie 10 Jahre das Auskommen ~~gemacht~~ haben würde. Es ist zum mindesten ebenfalls sozial gedacht, wenn einer dem allgemeinen Arbeitsmarkt entzogen werden kann. Was die andere Feststellung, dass die Polizei mit neidischen Augen betrachtet werde, betrifft, so ist Tatsache, dass nicht jeder eine so sichere Position hat. Es hat aber mancher schon eine so sichere Position gehabt, sie aber nicht zu halten vermocht. Andererseits darf auch nicht ausser Acht gelassen werden, dass die Sicherheit ihres Lebens oft schwer auf dem Spiele steht und dass sie mit Einsatz ihres Lebens ihre Pflicht erfüllen müssen. Von diesem Standpunkte aus ist dieser Beruf wenig beneidenswert. In erster Linie jedoch handelt es sich um die Sicherheit

Beck Jos.: Ich habe gehört, es wären schon Akten weggekommen. Ist es nachgewiesen, dass diese nachts weggekommen sind. Man hat allgemein den Glauben, dass nur nachts gestohlen werden kann, es kann aber doch auch tags gestohlen werden.

Präsident: Diese Sachen, die ich angedeutet habe, sind erwiesenermassen nachts abhanden gekommen. Dass auch am Tage gestohlen wird, habe ich auch schon verspürt.

Reg. Chef: Die Argumente des Abg. Dr. Schädler sind bekannt gewesen. Es ist richtig, dass eine moderne Tressoranlage besteht, aber ebenso richtig ist auch, dass man sich auf solche Anlagen nicht immer stützen und verlassen kann, da routinierte Einbrecher diesen eben gewachsen sind. Bekanntlich sind die Polizei und die Technik diejenigen, die von den Gaunern lernen müssen. Es könnten auch Ereignisse draussen provoziert werden, um hier einen Einbruch zu versuchen. Wir sind uns auch voll bewusst, dass die öffentliche Meinung einem Aufbau des Angestelltenapparates nicht hold ist. Wir haben aber diese Frage dem Landtage unterbreitet einzig aus dem Verantwortungsbewusstsein heraus. Wir möchten gegen alles, das eventuell passieren sollte, auch geschützt sein. Wir wollen nicht hoffen, dass etwas passiert, wenn aber doch etwas vorkommen sollte, so möchten wir frühzeitig gewarnt haben wissen. Der Landtag kann ruhig den Beschluss fassen, die Polizei weiter mit diesem Dienste zu betrauen. Wir werden keinen casus belli oder ein Misstrauensvotum

schaffen oder darin erblicken. Wir hätten es für zweckmässig gefunden, doch der Landtag muss den Kredit bewilligen und wir werden uns seinem Beschlusse beugen.

Ospelt: Ich bin dafür, der Polizei den Nachtwächterdienst zu überbürden, solange der Dienst der Polizei nicht darunter leidet. Ein einziger Schadensfall jedoch könnte das Vielfache von einem Nachtwächterlohn ausmachen.

Beck Jos.: Wenn wirklich Einbrecher kommen, dann kann ein einziger Nachtwächter nicht viel anfangen. Wir haben keine sichere Garantie, dass nicht eingebrochen werden kann. Den werden sie auf die Seite schaffen und der Einbruch findet doch statt. Eine einzelne Person dürfte nicht viel ausrichten können.

Präsident: Es handelt sich mehr darum Alarm zu schlagen, als vielleicht, wie Beck sich das vorstellt, mit einer Einbrecherbande in den Kampf zu treten.

Dr. Schädler: Ich schliesse mich den Ausführungen des Abg. Beck Jos. insoweit an, dass, wenn ein tatsächlicher Ueberfall erfolgen würde, dann die Anwesenheit des Nachtwächters lediglich symbolische Bedeutung hätte. Man sprach auch von Werten des Postmuseums. Dieses wird ja in nächster Zeit nach dem Bau des Postgebäudes disloziert werden, dann wird man auch dort einen Nachtwächter verlangen. Es ist auch erwähnt worden, dass die Polizisten besonders berücksichtigt werden müssen, weil sie in ihrem beruflichen Leben viel leisten müssen. Gewiss wird es Situationen geben, wo es absolut nicht angenehm ist, den Schutzmann zu spielen, aber es gibt auch bei anderen Berufen gleiche Verhältnisse und Lebenslagen. Die Bedeutung des Schutzmannes soll nicht herabgesetzt werden. Ich glaube, dass es wohl verantwortet werden kann, dass die Polizisten des Nachtwächterdienst versehen. Denn was wäre aus dem Regierungsgebäude etwa vor 4 Jahren geworden, wenn damals ein Einbruch erfolgt wäre. Man hätte wahrscheinlich leicht und ungehindert es ausplündern können. Auch heute werden dieselben offenen Türen zu finden sein, vielleicht nicht ohne Widerspruch, aber im Ernstfalle würde selbst die Polizei nicht gewachsen sein. Ich glaube, dass wir diesen symbolischen Akt wohl ohne weiters ausführen können und der Polizei diesen Dienst übertragen dürfen. Dadurch ersparen wir dem Lande eine Ausgabe und stellen den gleichen Betrag

Ausgabe und stellen gleichzeitig fest, dass wir keinen Aufbau befürworten.

Präsident: Symbolisch, das ist doch etwas, was ich nicht decken könnte, denn wir haben die Nachtwache nicht zum Schlafen. Ich glaube nicht, dass eine symbolische Wache die Sicherheit bietet, die man solchen Werten gegenüber zu verantworten hat. Wenn ich vom Postmuseum gesprochen habe, so handelt es sich hier um Werte, die nicht in das Postgebäude gebracht werden können und hier im Hause aufbewahrt werden müssen.

Reg. Chef: Ich muss mich gegen die Form des Antrages Dr. Schädlers aussprechen. Ich könnte nicht einverstanden sein, wenn der Polizei auf immer diese Funktion übertragen werden soll. Ich könnte mich noch damit vertraut machen, dass die heutige Regelung auf Zusehen hin beibehalten werden sollte. Aber heute einen Polizisten des Dienstes zu entziehen und mit der Nachtwache zu betrauen, dafür kann ich nicht sein. Ich erinnere noch an einen Fall in den letzten Jahren, wo ein Verbrecher in Wien eine Skizze bei sich führte über das Regierungsgebäude und unsere Eisenschränke und Sicherheitsvorrichtungen als Holztruhe bezeichnete. Ich würde, wenn schon der Landtag sich nicht entschliessen könnte zu einer Anstellung eines Nachtwächters, den Gegenantrag stellen, die heutige provisorische Regelung einstweilen beizubehalten.

Hoop: Ich erachte es als eine Fahrlässigkeit, den Nachtwächterdienst ganz aufzugeben. Wenn dann einmal alle Polizisten fort wären, könnte leicht etwas passieren.

Präsident: Wir dürfen nicht ausserachtlassen, dass im Hause auch unsere Inhaftierten sind. Sie haben Freunde, die ihnen von aussen helfen und die Erfahrung hat gelehrt, dass es absolut nicht unnötig ist, einen Nachtwächter zu haben. Es haben sich Tatsachen zuge tragen, die eine Nachtwache rechtfertigen. Wenn das Gefängnis noch so sicher wäre, wie die Tressoranlage, dann könnte ich mich noch eher hiezu hegeben.

Risch Ferdi: Ich glaube, dass die Sache jetzt reichlich besprochen worden ist. Man hat nicht gerade einmal angesichts des Kostenpunktes solange über eine solche Sache diskutiert. Ich möchte beantragen, dass man über den Vorschlag des Reg. Chefs abstimmt.

Batliner: Einmal hat der Abg. Risch gegen den Aufbau gesprochen. Solange die Polizei im Hause ist, brauchen wir keinen Nachtwächter. Wenn aber die Polizisten in die Dtschaften verteilt werden, dann liegt der Fall anders. Ich ähnte einen anderen Antrag, ob es nicht gescheiter wäre, das Polizeikorps um einen Mann zu verstärken.

Beck Josef: Wenn solcher Wert auf die Wache gelegt wird, würde ich den Antrag stellen, dass 2 oder 3 Polizisten hier stationiert sein müssen und dann können sie einander ablösen. Ich würde noch einen Polizisten anstellen und 3 hier stationieren. Wenn einer nur eine halbe Nachtwache zu besorgen hat, so kann er untertags doch noch den Polizeidienst versehen.

Marxer: Der Antrag Batliners und auch von Beck gefällt mir nicht. Dann müsste man ja wieder Polizisten ausbilden lassen. Ich möchte unterstützen, dass die Polizei den Dienst einstweilen, solange es geht, noch versehen soll. Wenn es dann nicht mehr geht, so soll einer angestellt werden.

Präsident lässt über die gefallenen Anträge abstimmen.

1. Antrag der Regierung und der FK. auf Neubesetzung der Nachtwächterstelle hat 1 Stimme.

2. Antrag Dr. Schädlers, dass die Nachtwächterstelle aufgelassen oder wenn nötig der Polizei übertragen werden soll, fällt ebenso mit 4 Stimmen.

3. Antrag des Reg. Chef, dass das heutige Provisorium der Besorgung des Nachtwächterdienstes durch die Polizei weiter beibehalten werden soll, wird mehrheitlich ~~Mehrheitlich~~ angenommen.

4. Bestellung der Gemeindegesundheitskommissionen.

Reg. Chef: macht auf den Mangel in der Gesetzgebung aufmerksam. Durch das Einführungsgesetz zum Zollvertrag sei diese Institution der Gesundheitskommissionen geschaffen worden. Es wäre nach dem Wortlaut dieses Gesetzes im Ober- und Unterland je eine 5 gliedrige Kommission zu bestellen gewesen. Es scheinen sich aber die praktischen Erwägungen durchgesetzt zu haben und man hat in jeder Gemeinde ein Gesundheitskommissionsmitglied und einen Stellvertreter gewählt. Ich beantrage, nach diesem Modus wieder die Neuwahl vorzunehmen. Gewählt werden dann in:

<u>Vaduz:</u> Johann Ospelt, 169	13 Stimmen
Alfons Thöny, Vaduz	14 "
<u>Triesen:</u> Theodor Beck	10
Andreas Nägele	9
<u>Balzers:</u> Josef Vogt 46	9
Andr. Wille 108	9
<u>Trübsberg:</u> Gottl. Schädler 33	12
Anton Schädler 181	10
<u>Schaan:</u> Konrad Johann	11
Josef Jehle 148	10
<u>Eschen:</u> Schmied Näscher	14
Briefbote Joh. Meier	14
<u>Mauren:</u> Josef Kieber	9
Senti Josef 13	7
<u>Gamprin:</u> Anton Marxer	15
Arthur Hasler	13
<u>Ruggell:</u> Josef Büchel 86	13
Wilhelm Oehri 78	8
<u>Schüßberg:</u> Franz Jos. Oehri 10	14
Emil Hasler 66	14

#### 5. Strassenbau Triesen.

Präsident: Die Gemeinde Triesen ersucht um Arbeitsbeschaffung in grossem Umfange. Die Angelegenheit der Beschaffung von Arbeit für Triesen wurde schon mehrmals besprochen, aber es traten immer wieder Schwierigkeiten in den Weg, so dass es zur Ausführung eines grösseren Projektes nicht kam. Der Kredit für die Kanalfortsetzung war dreimal bewilligt, musste dann aber unterbleiben. Nunmehr wurde wieder der Bau der Strasse Triesen-Triesenberg in Aussicht genommen. Die Gemeinde will die Strasse über die Litzenen führen. Demgegenüber steht das Projekt des Bauamtes durch das Gut der Firma Jenny Spörry, die aber sich gegen diese Trace wehrt. Die letztere Trace wäre viel wirtschaftlicher, sicherer und auch billiger. Eine Strasse über die Litzenen entspricht den neuzeitlichen Anforderungen nicht und ist auch zufolge des schwierigen Geländes unsicher und kostbilliger. Die FK. kam zum Schlusse, es möchte die Gemeinde Triesen von ihrem Beschlusse abstehen und dahin revidieren, dass ein verstärkter Gemeinderat bestellt ~~MMMM~~ und mit der Sache betraut wird, der die Verantwortung trägt. Die FK. ist der Ansicht, dass es das günstigste wäre, die Strasse bis zum Gute der Firma Jenny-Spörry in Angriff zu nehmen und sofort mit der Firma auch Verhandlungen aufzunehmen. Sollten diese Schwierigkeiten unüberbrückbar erscheinen, so müsste nach Ansicht der FK. das Recht der Expropriation bedauerlicherweise auch hier angewendet werden. Der Kostenvoranschlag ist rund Fr. 30,000 und es dürfte sich darum handeln, den erforderlichen Kredit zu bewilligen, damit die Arbeit sofort begonnen werden kann. Die Arbeitsmöglichkeiten bei der Uebererdung des Rhein-dammes waren nicht hinreichend und so muss ehestens eine grössere Arbeitsmöglichkeit geschaffen werden.

MMMMMM



Heidegger: Ich habe meine Stellungnahme im Konferenzzimmer bekanntgegeben. Die Arbeitslosigkeit in der Gemeinde ist gross, weshalb eine Vorsprache bei der Regierung stattfand, in welcher drei Arbeitsmöglichkeiten in Aussicht gestellt wurden und zwar: Entweder Strasse, Kanal oder Uebererdung des Rheinwuhres. Wir haben dann eine Gemeindeversammlung einberufen, welche den Wunsch ausdrückte, man möchte die Strasse bauen und zwar über die Litzenen. Nach dem Standpunkte des Bauamtes sei es jedoch unwirtschaftlich, diese Trace zu wählen. Der verstärkte Gemeinderat ist der Ansicht, wenn es möglich wäre, sollte die Strasse über die Litzenen gebaut werden, wenn dies jedoch nicht möglich sein sollte, so soll die Sache der Regierung und dem Landtage überlassen bleiben.

Ospelt: Ich möchte den Vorschlag der FK unterstützen, da ich mir nicht vorstellen kann, über die Litzenen eine halbwegs gute und sichere Strasse bauen zu können. Ueberdies verursacht diese Tracenführung bedeutende Mehrkosten. Sollte aber die Weiterführung des Kanals von der Vaduzer Grenze aufwärts erwogen werden, so möchte ich ersuchen diese Arbeiten erst in Angriff zu nehmen, wenn eine bessere Abflussmöglichkeit für das Wasser unterhalb der Grenze geschaffen ist.

Beck Jos.: Ich möchte noch anfragen, ob vorgesehen ist, die Strasse von Matschils und auf der Langegerten dennoch beizubehalten.

Präsident: Die Strasse auf Matschils bleibt bis zur Einmündung in die neue Strasse bestehen und ebenso auch die über Langegerten, letztere jedoch würde von der Gemeinde zu unterhalten sein.

Beck Josef: Ich würde es begrüßen, wenn das Land einen Teil der Strasse über Langegerten übernehmen würde, da der Viehtrieb der Triesner und Blazner besser über diese Strasse erfolgt. Die neue Strasse dürfte dann nicht eingezäunt werden.

Präsident: Es dürften für die Gemeinde Triesen keine grossen Unterhaltungskosten entstehen durch die Uebernahme der alten Strasse. Andererseits wäre es unwirtschaftlich, eine gut ungünstig gelegene schmale Strasse zu gehen, wenn eine schön gebaute Neue Strasse vorhanden ist. Auch das Vieh wird vorteilhafter über die neue Strasse getrieben werden können. Dass das Land daneben noch zwei Pendelstrassen unterhalten soll, wenn es eine wirtschaftlich entsprechende neue Strasse baut, ist eine etwas zu grosse Zumutung.

Reg. Chef: Ich glaube, man könnte die Diskussion über diesen Punkt vorteilhafter verschieben, denn es wird noch eine geraume Zeit gehen, bis wir dort oben sind mit der Strasse. Die Schwierigkeiten beginnen erst. Ich möchte noch gewisse Aufklärungen. Der Vorsteher von Triesen sagt beständig, sie überlassen es der Regierung und dem Landtage, die Strasse zu bauen. Wir müssen uns auch vor Augen halten, ob expropriert werden soll.

Heidegger: Es ist nicht der Wunsch der Gemeinde Triesen, dass expropriert wird, nachdem viele Bürger ein Einkommen haben von der Firma. Nachdem es eine Landstrasse ist, muss das Land die Sache durch-

MMMMMM

führen, wie es am besten ist.

Reg. Chef: Was geschieht dann, wenn dem Land die Rechnung der Gemeinde ~~repräsentiert~~ <sup>repräsentiert</sup> wird im Falle der Schliessung der Fabrik? Wir sollten hier einvernehmlich vorgehen, Gemeinde und Land müssen hierin einig sein.

Präsident: Ich glaube, dass es möglich sein wird ohne diese äusserste Rechtsanwendung.

Vogt Basil: Ich glaube, es wäre auch möglich, mit der Firma eine Einigung zu erzielen, ohne dass man expropriieren muss. Ist mit der Firma noch nie ein Einigungsverwuch unternommen worden?

Präsident: Das ist des öfteren schon gemacht worden. Angänglich wäre jedenfalls die Firma zu haben gewesen, es ist dann aber von ~~unkluger~~ <sup>unkluger</sup> Gemeindegänger der Firma gegenüber betont worden, man müsse für die Firma Jenny-Spörry bzw. für deren Gut jetzt Strassen bauen und diese Bemerkung war Anlass, dass ~~MMMM~~ sie erklärte, wir haben Strassen genug, baut ihr die Strasse anderswohin. Mit Schonung der Wasserleitungen aber, glaube ich, wird es möglich sein, mit der Firma eine Einigung erzielen zu können. Bis jetzt hat sie sich ablehnend verhalten, es ist aber jedenfalls noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Reg. Chef: Ich würde glaubendass folgender Antrag das zweckmässigste wäre. Es soll raschestens mit der Firma auf gütlichem Wege eine Einigung erzielt werden, der Landtag hat ja bereits den Kredit vor längerer Zeit bewilligt.

Präsident: Die FK war der Meinung, dass dann, wenn die Strasse bis an das Gut der Firma vorgetrieben sei, auch eine bessere Verhandlungsbasis geschaffen wäre.

Reg. Chef: Ich glaube, wir müssen hier offen sprechen. Ist es zu antworten, dass die Strasse bis an das Gut gebaut wird, bevor eine Einigung erzielt ist. Wenn die Firma dann erklärt, sie betrachte das als einen unfreundlichen Akt und deshalb die Konsequenzen zieht, was ist dann?

Präsident: Verantwortlich erscheint die Führung der Strasse durch das Gut aus technischen Gründen. Ich möchte begrüssen, dass die Gemeindevertretung mit der Regierung nochmals versucht, mit der Firma zu verhandeln, allerdings mit dem Standpunkte, dass es notwendig erscheint, die Strasse durch ihr Gut zu führen. Ein Strassenbau ist etwas Dauerndes und es wäre nicht zu verantworten, eine solche Summe Geldes für eine Trace auszugeben, die nicht den Bedürfnissen entspricht.

Risch Ferdi: Ich würde es für vorteilhaft halten, die Bodenauslösung auf der heute vorgesehenen Trace vorzunehmen. Es könnten daraus grosse Schwierigkeiten erwachsen. Der Kredit ist ja bewilligt und die Strasse soll raschmöglichst **gebaut** werden.

Dr. Schädler: Ich würde auch empfehlen, dass Regierung und die Gemeindevertretung den Versuch unternimmt, die Firma dahin zu bestimmen,

dass sie keine Schwierigkeiten macht. Ich glaube nicht, dass die Firma den Mut hat, dem Weiterbau zu trotzen. Die Strassenführung anders anzulegen, halte ich für verfehlt. Die vorgesehene Strasse wird das bieten, was man von einer Verkehrsstrasse verlangt. Es ist erfreulich, dass die Gemeinde Triesen dem Bauamte in der Tracenführung keine Schwierigkeiten in den Weg legt. Mein Vorschlag ist, sofort mit dem Strassenbau zu beginnen und zwar nach dem Vorschlag des Bauamtes und der FK und gleichzeitig die Verhandlungen mit der Firma aufzunehmen.

Reg. Chef: Ich habe grosse Bedenken 1.) müsste meiner Meinung nach es einem ausgesprochenen Wunsche der Gemeind Triesen entsprechen, sonst würde ich ~~grosse Bedenken~~ <sup>befürchten</sup> haben, dass wir für alle Konsequenzen verantwortlich gemacht werden und 2.) hätte ich lieber noch 1-2 Tage mit der Inangriffnahme der Arbeiten zugewartet und allen Ernstes mit der Firma eine Einigung herbeizuführen gesucht. Die Firma kennt unseren Standpunkt, wir haben mit ihr xmal verhandelt, aber bisher vergeblich. Ich glaube, es wäre gerade jetzt Aufgabe des verstärkten Gemeinderates, dass er zur Firma hingehen, und sie zu bewegen sucht, vielleicht schenkt sie ihm williges Gehör. Ich möchte vor allem vor einem Gewaltstreich warnen.

Präsident: Ich begrüße diese Anregung. Der Gemeindevertretung gegenüber wird sie sicher nachgiebiger sein. Es muss betont werden, dass die Firma von jeher grosses Verständnis gezeigt hat für die Entwicklung der Gemeinde Triesen und des Landes und ich glaube auch, dass sie in diesem Fall keine Resistenz leistet. Ich denke, dass darüber eine Brücke zu finden ist. Doch sollte die Arbeit bald begonnen werden können, damit Verdienst geschaffen wird.

Reg. Chef: Ist die Bodenauslösung schon durchgeführt ?

Heidegger: Nein, das ist aber schnell gemacht.

Marxer: billigt den Vorschlag der Regierung. Er glaubt, dass auch das Gut der Firma profitiert von der neuen Strasse. Lieber jedoch zuerst alles festlegen und regeln, als hintenach.

Büchel: Wo man baut, darüber scheinen die Abgeordneten sich klar zu sein. Nur der Vorgang ist noch nicht eindeutig festgelegt. Ich würde empfehlen, mit der Firma zu verhandeln und ich glaube, dass sie sich herbeilässt.

Heidegger: Indem es eine Landstrasse ist, so ist es doch Sache der Regierung und des Landtages, die Angelegenheit zu betreiben und die Sache zu machen.

Präsident: Es ist aber auch Sache der interessierten Gemeinde, ein derartiges Werk durchführen zu helfen und man sollte denn doch das äusserste Mittun der Gemeinde erwarten dürfen.

Der Landtag beschliesst sodann ~~XXXXXXXXXXXX~~ einstimmig, die Durchführung der Strasse in Angriff zu nehmen und mit der Firma Jenny-Spörry sofort in gütliche Verhandlungen zu treten, dass die definitive Strassenführung nicht verzögert wird.

Reg. Chef: Ich weiss nicht, würde der Antrag Beifall finden, den Bericht summarisch zu behandeln. Es sind nackte Ziffern und ich nehme auch an, dass sämtliche Abgeordneten sich in den Bericht zu Hause vertieft haben, so dass es sich erübrigt, die Posten ziffernmässig zu verlesen.

Dieser Vorschlag wird gutgeheissen.

Reg. Chef: Die Regierung hat die Sparkasserechnung auch ihrerseits, wie es das Gesetz vorschreibt, geprüft und <sup>hatte</sup> keine Beanständung anzubringen. Sie beantragt deshalb Genehmigung desselben. Vom Reingewinn der Sparkasse ~~fallen~~ wieder 20,000 der Regierung für soziale Zwecke zu. Die Wirtschaftskrise, die so schwer auf dem Lande lastet, droht die eine oder andere Existenz einfach zu ruinieren und mit diesem Gelde ist es möglich, manche dieser Existenzen noch zu retten. <sup>Es bleibt abzuwägen, ob eine Senkung des Spakassezinsfusses</sup> ~~Es bleibt abzuwägen, ob eine Senkung des Spakassezinsfusses~~ die gleiche Wohltat ist, wie wenn man notleidenden Leuten ein paar Franken mehr gibt aus diesem Kredit. Ich glaube für die Allgemeinheit ist so mehr getan.

Dr. Schädler: Es ist gewiss gut, wenn in manchen Fällen individuell der sozialen Not gesteuert wird. Es ist nur fraglich, ob man auf dem Wege einer direkten Schenkung dieser sozialen Not am ehesten entgegenkommt. Die meisten, die stark bedroht sind, haben nicht das Interesse daran, dass sie eine Schenkung bekommen, sondern dass sie bei der Arbeitsvergebung bevorzugt werden. Ich würde es vorziehen, wenn diese soziale Rücksichtnahme in dieser Form erfolgte, dass den bedrängten Existenzen einfach mehr Arbeits- und Verdienstgelegenheit verschafft wird. Die reine Schenkung hat auch gewisse Nachteile an sich und vor allem den Nachteil, dass einerseits diese Schenkungen nicht kontrolliert werden können durch jemand und andererseits, weil sie auch darin eine gewisse moralische Unterstützung erblicken, die wieder im beschränkten sich nachteilig auswirken könnte.

Reg. Chef: Zu dieser Aeusserung des Herrn Dr. Schädler, dass die individuelle Behandlung der Unterstützungsfälle nicht das zweckmässigste sei, ist zu erwidern, dass unser System der individuellen Behandlung sowohl in der Schweiz wie im Norden unseres Landes praktisch ~~so gehandhabt wird und~~ als das einzig richtige erkannt ~~was~~ ist. Was den Ersatz der Schenkung durch Arbeit betrifft, ist zu sagen, dass wir das Arbeitsamt sehr viel in dieser Richtung einladen, bedürftigen Leuten Arbeit zu geben! Festzustellen, welcher der Bedürftigste ist, ist nicht immer ~~leicht~~. Zudem ist eine ganz grosse Zahl Notleidender, denen mit Arbeit nicht geholfen werden kann, weil sie nicht fähig sind, zu arbeiten, wie kranke alte Leute etz. etz. Da geht es einmal nicht anders, als mit Geldunterstützungen die Not zu lindern. ~~Herr~~ Herr Dr. Schädler sagte, dass diese Schenkungen unkontrollierbar seien. Ich möchte dem gegenüber darauf hinweisen, dass die Bücher der Landeskasse der Geschäftsprüfungskommission und anderen staatlichen Stellen <sup>jedemzeit</sup> offen stehen. Sie sind sogar sehr wo

kontrollierbar. Ich glaube, dass der bisherige Weg derjenige ist, der auch für die Zukunft verantwortet werden kann.

Elkuch: Ich möchte zu der Ausführung des Dr. Schädler bemerken, dass diese Schenkungen durch die Regierung gehen. Die Opposition hat dort ihren Regierungsvertreter, dem sie doch das Vertrauen nicht absprechen wird. Ausserdem kann die Geschäftsprüfungskommission jederzeit Einsicht nehmen. In den meisten Fällen ist es so, dass den Leuten mit Arbeit nicht immer geholfen ist.

Beck Josef: Mir kommt die ganze Geschichte sonderbar vor. Dass man aus Geldern der Sparkasse, woran solche arme Teufel schwitzen müssen, Geschenke machen soll. Dieses Geld gehört eigentlich den Schuldnern im allgemeinen. Die heutige Art der Verteilung halte ich nicht ganz für richtig.

Präsident: Eines hat der Abg. Beck übersehen, dass der Grossteil des Reingewinnes nicht aus den Verzinsungen, sondern aus anderen Anlagen, Erweiterungen und Operationen der Sparkasse herrühren. Auch die Geldeinleger könnten kommen und sagen, man müsse ihnen mehr Zins geben, das sei nicht recht, dass der Gewinn an säumige Schuldner verteilt werde. Der Reingewinn geht wie gesagt aus dem ganzen Betrieb heraus und nicht nur von jenen, die ihre Schulden verzinsen müssen. Für den einzelnen ist die Differenz so gering, dass er es kaum merklich spüren würde, wenn der Zinsfuss ~~um~~ um 1/4% gesenkt würde. Und vom Standpunkte des Gemeinsinnes lässt sich diese Sache wohl verantworten.

Dr. Schädler: Ich möchte noch einmal meine Ausführungen klarstellen, nachdem der Herr Reg. Chef eingewendet hat, dass ich gegen die individuelle Fürsorge überhaupt gesprochen hätte. Ich habe im Gegenteil ausgeführt, dass eine individuelle Behandlung in einzelnen Fällen bestimmt von Nutzen sei. Ich habe auch gewünscht, dass diese individuelle Unterstützung nicht rein auf dem Schenkungswege erfolgen sollte, sondern, dass vermehrte Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Dass es auch Fälle geben kann, wo man nichts anderes tun kann, als zu schenken, das weiss ich gut. So z. B. bei alten gebrechlichen Leuten. Aber jene, die gerade Glieder haben und noch in Arbeit stehen können, könnte man hinausschicken und die meisten werden gerne Arbeit annehmen.

Bpchel: Dem Herrn Dr. Schädler ist es vielleicht unbekannt, dass solche Gelder auch an Leute verteilt werden, die nicht arbeiten können. Wenn z. B. ein Geschäftsmann, der nicht auf einen Arbeitsplatz hinaus kann, am Ruin steht und am Sonntag auf dem Kirchenplatz kommt, der weiss keinen Dank und es ist ihm auch nicht geholfen, wenn er zur Arbeit hinausgeschickt wird. Wir haben in der jüngsten Zeit verschiedene solche Fälle gehabt, wo mit Arbeit nicht geholfen werden konnte. Vor 3 oder 4 Jahren haben wir in der Regierung einen Fall gehabt, den wir für aussichtslos betrachtet haben. Wir haben ihm dann geholfen mit einem nötigen Zuschuss. Er wäre damals um Haus und Heim gekommen mit seiner grossen Kinderschaar. Und er

hat sich dann auch in der Folgezeit selbst durchgebracht und ist seither nie mehr um eine Unterstützung gekommen. Wäre es besser gewesen, wenn dieser Mann um Haus und Heim gekommen wäre, oder wenn man ihm vielleicht Frs. 200 gegeben hat. Solche Fälle könnte man viele aufzählen und sie empfinden diese Wohltat sehr. Es gibt Fälle, wo man nur mit Geldmitteln helfen kann. Wir haben auch das Geld nicht einmal zur Hälfte aufgebraucht.

Risch Ferdi: Mir ist bekannt als Vorsteher, dass  $\frac{2}{3}$  von dem Geld, das auf diesem Wege nach Schaan kommt, an Kranke, Spitalkosten, Doktorrechnungen, Irren- und Tuberkulosen ~~.....~~ <sup>kranke</sup> etc. verabfolgt werden.

Dr. Schädler: Ich habe soeben gehört, dass von den letztjährigen Frs. 20,000 aus dem Reingewinn d r Sparkasse nicht einmal die Hälfte ausgegeben worden ist. Nun sollen neuerdings Fr. 20,000 hinzufliessen. Wäre es nicht gerechter, wenn man einen Teil dieser Fürsorgebeträge in Fonde hineinstecken würde. Besonders beim Irren sind lange Behandlungen notwendig, deren Kosten im Laufe der Jahre ganz bedeutend sind.

Reg. Chef: Ich gehe mit Herrn Dr. Schädler völlig einig mit diesem Standpunkte. Ich kann versichern, dass ~~wird~~ diesbezüglich tun, was irgendwie möglich ist. Wir kommen solchen Kranken entgegen bis an die Grenze des Möglichen. Selbstverständlich müssen wir mit den Mitteln haushälterisch umgehen. Wenn mehr als die Hälfte nicht verwendet wurde, so fällt es in das allgemeine Budget zurück und wird für Arbeitsbeschaffung verwendet, die unsere Hauptaufgabe darstellt. Diese Franken kommen also wieder der Allgemeinheit zugute. Die Frage der Verteilung ist immer eine heikle und der Streit und die Hetze um das Unterstützungswesen wird nie aus der Welt geschafft werden können. Es würde zu weit führen, hier alles zu streifen. Wir können den heutigen Modus nach bestem Wissen und Gewissen verantworten.

Präsident: Zur Aeuffnung der Fonde stehen gesetzliche Mittel zur Verfügung, die Gemeinden haben aber angesichts der besonders schweren Krise verlangt, dass sie etwas grün verwenden dürfen. Die Aeuffnung der Fonde bei so schlechten Zeiten tritt natürlich weniger in den Vordergrund, sondern vielmehr die Verwertung der habhaften Gelder für Arbeitsbeschaffungen. Ich meine nicht, man sollte die Fonde nicht mehr öuffnen, aber in der heutigen Zeit ist es klüger, der momentanen Not zu steuern und für den Tag zu denken.

Ich beantrage nach Vorlage der Regierung und de Aufsichtsrates, der Sparkasse die Entlastung für das Geschäftsjahr 1935 zu erteilen und den Gewinnverteilungsvorschlag zu genehmigen. *mit aller Stimm*

Der Bericht und die Verteilung de Reingewinnes ~~wird~~ mehrheitlich genehmigt.

Schluss der Sitzung 6.10 Uhr.

*Leerer Inhalt*